informationen
180 | 2022-2

4 Sicherheitsstrategie zur Friedensstrategie machen! | 5 »Endloser Hass ist keine Option« | 10 Aufwind für die Rüstungsindustrie?

Stoppt die Eskalation!

Ein getöteter Soldat in einem Vorort von Kiew
Foto: dpa

Krieg macht Menschen zu Monstern. Er ist grausam, zerstörerisch und niemals gerecht. Krieg ist Folter, Vergewaltigung und Massaker; Unvernunft, Lüge und unkontrollierbares Chaos. Und er trifft immer jene am härtesten, die am wenigsten dafür können. Das galt in Nagasaki, Saigon und Sarajevo ebenso wie jetzt im Jemen, in Syrien und in der Ukraine. Was bleibt ist Entsetzen, Wut und Hilflosigkeit.

In den letzten Wochen haben uns bei Ohne Rüstung Leben unzählige Zuschriften mit Fragen erreicht. Wir haben viel diskutiert und um Worte gerungen. Denn auch das macht der Krieg: Er sät Zweifel. Kann man angesichts der schrecklichen Bilder noch für Abrüstung sein? Und ist es naiv, weiter eine diplomatische Lösung zu fordern?

Den Krieg vom Ende her denken

Der Angriffskrieg Putins ist ein brutaler, durch nichts zu rechtfertigender Bruch des Völkerrechts. Und die Ukraine hat das Recht auf Selbstverteidigung gemäß UN-Charta. Doch wie lässt sich das Leid und die Zerstörung stoppen? »Wir müssen den laufenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine vom Ende her denken. Wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen, müssen wir früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen.« Das sagt kein naiver Träumer, sondern der Bundeswehr-Brigadegeneral a. D. Erich Vad, ein langjähriger militärpolitischer Berater der Bundesregierung. Kriege enden in der Regel auf eine von zwei Arten:

durch den »Sieg« einer Seite (meist erst nach langen, zermürbenden Kämpfen) oder durch Dialog. Einen jahrelangen Krieg mit noch mehr Tod und Zerstörung kann niemand wollen. So bleibt nur das aktuell schwer vorstellbare: Russland möglichst schnell zu echten Verhandlungen zu bewegen.

Konfrontation führt nicht zu Frieden

Dass sich die Bundesregierung nun in ein Aufrüstungsprogramm stürzt, trägt nicht dazu bei, den Krieg zu beenden. Im Gegenteil: Die neuen Waffen und Geräte für die Bundeswehr werden erst in Jahren verfügbar sein; doch allein ihre Ankündigung führt zu weiterer Eskalation! Dabei hat nicht nur Russland, sondern auch die NATO bereits in den letzten Jahren zunehmend auf militärische Konfrontation gesetzt – sichtbar wurde dies spätestens mit der fatalen Kündigung des INF-Vertrages. Zu mehr Frieden, Stabilität und einer Wahrung der Sicherheitsinteressen aller hat dieser Kurs nicht beigetragen. Daher darf die Reaktion jetzt kein Mehr der falschen Medizin sein. Nur durch Deeskalation und Abrüstung kann eine neue Friedensordnung für Europa erreicht werden. Auch wenn dieses Ziel in weiter Ferne zu liegen scheint, sehen wir es gerade jetzt als die dringende Aufgabe von Politik und Gesellschaft an, Wege dorthin aufzuzeigen.
Das gilt insbesondere mit Blick auf Atomwaffen, die – wie sich nun erneut zeigt – keine Kriege verhindern, sondern sie erst ermöglichen. »Diesen unfassbar grauenhaften konventionellen Krieg in der Ukraine hat Putin nur angezettelt, weil er glaubt, ihn mit der Drohung durch Atomwaffen führen zu können«, betont der österreichische Diplomat Alexander Kmentt. Unser weltweites Engagement für ein Verbot und die Abschaffung aller Atomwaffen ist daher wichtiger denn je!

Künftige Kriege verhindern

Doch sind zivile Mittel wirklich die Lösung? Es ist richtig, dass Zivile Konfliktbearbeitung ihre Grenzen hat. In bereits eskalierten Gewaltkonflikten und Kriegen vermag auch sie keine Wunder zu bewirken. »Gewaltlose Konfliktbearbeitung setzt viel früher ein: Bei der Konfliktfrüherkennung, der Gewaltprävention, der Ursachenbekämpfung – bei all dem, was geeignet ist, zu verhindern, dass das Kind in den Brunnen fällt«, erklärt Dr. Markus Weingardt aus dem Beirat von Ohne Rüstung Leben. Auf Gewalt mit Gegengewalt zu reagieren, ist somit das Eingeständnis, vorher die zivilen Möglichkeiten nicht ausreichend genutzt zu haben. Der Krieg ist also kein Argument für weniger, sondern für mehr Diplomatie, Zusammenarbeit und Zivile Konfliktbearbeitung! Ohne Rüstung Leben wird weiterhin mit aller Kraft dafür eintreten, dass diese Mittel politisch gefördert und eingesetzt werden, um künftige Kriege zu verhindern.

Der Theologe und *chrismon*-Redakteur Burkhard Weitz bringt es auf den Punkt: »Die bessere Investition für den Frieden ist alles, was Vertrauen schafft, Völker zusammenbringt, Demokratie fördert und was hilft, Konflikte gewaltfrei zu bearbeiten. …
Mit militärischer Gewalt kann man sich wehren. Frieden schafft man so nicht.«

Kerstin Deibert und **Simon Bödecker**

Unsere Stellungnahme zum Krieg in der Ukraine vom 3. März 2022 finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten. Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung veröffentlicht lesenswerte Texte zur zivilen Friedensförderung unter https://pzkb.de/publikationen.

Friedensdemonstrationen am 13. März 2022 in Berlin, Leipzig und Stuttgart
Fotos: Selene Magnolia (2), Tom Richter (rechts oben), Jo Röttgers (rechts unten)
Quelle: Campact auf Flickr.com (CC BY-NC 2.0)

Demonstration von Fridays for Future am 25. März 2022 in Berlin
Foto: dpa

Eine Zukunft für kommende Generationen

Unsere Forderungen an die neue Nationale Sicherheitsstrategie

Im Dezember 2021 war es noch ein unbeachteter Satz im Koalitionsvertrag: »Wir werden im ersten Jahr der neuen Bundesregierung eine umfassende Nationale Sicherheitsstrategie vorlegen«. Vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges bekommt dieses Vorhaben nun eine ganz neue Brisanz. Denn mit der Strategie werden die Rahmenbedingungen und Leitlinien der internationalen Politik Deutschlands für die kommenden Jahre festgeschrieben. Es besteht die große Gefahr, dass dabei der Ruf nach mehr Militär im Mittelpunkt steht.

Mit einer Rede startete Bundesaußenministerin Annalena Baerbock am 18. März 2022 die offizielle Arbeit an der neuen Strategie. Es handelt sich um das erste Projekt dieser Art in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Erstellungsprozess soll ressortübergreifend stattfinden; ein erster Textentwurf im Sommer stehen. Viel mehr ist noch nicht bekannt. Klar ist jedoch, dass der Strategieprozess dazu dient, Prioritäten zu setzen: Welche Prinzipien und Ziele sollen in der internationalen Politik künftig verfolgt werden? Aus friedenspolitischer Sicht ist dabei entscheidend, dass sich die Prinzipien einer zivilen Sicherheitspolitik im Kräftemessen mit den vorherrschenden militärischen Narrativen durchsetzen.

Es bleibt nur wenig Zeit

Es gibt gute Gründe, die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik kritisch auf den Prüfstand zu stellen. »Aber das sollte nicht dazu führen, dass jetzt vorschnell langfristig Mittel in militärische Investitionen umgelenkt werden, die dringend für die Bewältigung der zahlreichen globalen Herausforderungen benötigt werden«, kommentiert Dr. Martina Fischer, Referentin für Frieden und Konfliktbearbeitung bei Brot für die Welt, mit Blick auf die aktuellen Aufrüstungspläne Deutschlands und der EU. Denn eindeutiger könnten die globalen Herausforderungen nicht sein. Der Bericht des Weltklimarates vom Februar 2022 warnt, dass ein kurzes und sich schnell schließendes Zeitfenster verbleibt, um eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle zu sichern. Er ruft zu schnellem, entschiedenem Handeln auf: Die Welt werde bis 2040 kränker, hungriger, ärmer und gefährlicher. Gleichzeitig verschlechtert sich der Zustand der Ökosysteme kontinuierlich und wir befinden uns im größten Artensterben seit dem Ende der Dinosaurier. Der Dachverband der entwicklungspolitischen und

humanitären Nichtregierungsorganisationen (VENRO) kommt in einer Studie zu dem Schluss, dass der Bedarf an Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe nie größer war.

Entwicklungsetat gekürzt

Ausgerechnet in dieser beklemmenden Lage hat die Bundesregierung nun angekündigt, die Mittel für den Zivilen Friedensdienst, Krisenprävention und humanitäre Hilfe nicht zu erhöhen. Laut dem zweiten Regierungsentwurf soll der Etat für Entwicklungszusammenarbeit im Kernhaushalt 2022 sogar um ganze 1,57 Milliarden Euro gekürzt werden! Ein fatales Signal, das für den Kurs der kommenden Jahre Schlimmes befürchten lässt.

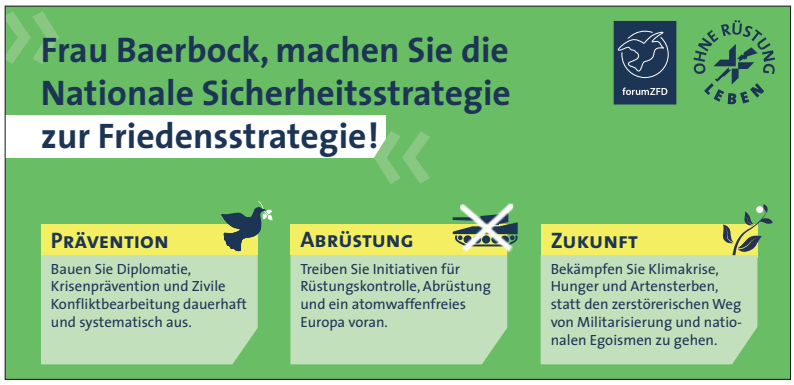
Prävention und gemeinsame Sicherheit an erster Stelle!

In ihrer Rede im März berief sich die Außenministerin explizit auf das Konzept der Menschlichen Sicherheit und der Sicherheit der Grundlagen menschlichen Lebens. Um dem gerecht zu werden, muss es das Ziel ihrer Politik sein, eine friedliche, lebenswerte Zukunft für alle Menschen zu ermöglichen! Daher erwarten wir, dass die Nationale Sicherheitsstrategie den Fokus auf Prävention und eine Auseinandersetzung mit den Ursachen von Gewaltkonflikten legt. Dazu gehört auch, den desaströsen Auswirkungen von Krieg und Militär auf Mensch, Natur und Klima ein Ende zu setzen. Diplomatie, Zivile Konfliktbearbeitung und Abrüstung müssen an erster Stelle stehen. Zudem braucht es – im Sinne von gemeinsamer Sicherheit – entschlossenes Handeln, um Klimakrise, Hunger, Pandemien und Artensterben zu bekämpfen. Denn so – und nur so! – ist eine Zukunft für kommende Generationen möglich.

Kerstin Deibert

Sicherheitsstrategie zur Friedensstrategie machen!

Aktionspostkarte an Außenministerin Annalena Baerbock



Absender/-in

Name

Straße

PLZ, Ort

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

Ihr Ministerium erarbeitet derzeit federführend eine Nationale Sicherheitsstrategie. Damit sollen Leitplanken für die internationale Politik Deutschlands der kommenden Jahre festgeschrieben werden.

Ich fordere Sie auf:
Sorgen Sie dafür, dass Sicherheit nicht mit militärischer Stärke gleichgesetzt wird.
Machen Sie die Nationale Sicherheitsstrategie zur Friedensstrategie!

Mit freundlichen Grüßen

Datum, Unterschrift

www.forumZFD.de www.ohne-ruestung-leben.de

© Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel.: 0711 608396, orl-info@gaia.de
forumZFD, Am Kölner Bahnhof 8, 50825 Köln, Tel.: 0221 91931-0, kontakt@forumZFD.de

Bitte mit 70 Cent freimachen

An die Bundesministerin
des Auswärtigen
Frau Annalena Baerbock
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

Das Außenministerium erarbeitet eine Nationale Sicherheitsstrategie. Damit sollen Leitplanken für die internationale Politik Deutschlands der kommenden Jahre festgeschrieben werden.
Fordern Sie jetzt mit unserer Aktionspostkarte von Außenministerin Annalena Baerbock:

Sorgen Sie dafür, dass Sicherheit nicht mit militärischer Stärke gleichgesetzt wird. Machen Sie die Nationale Sicherheitsstrategie zur Friedensstrategie!

Aktionspostkarten erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711 608396, orl-info@gaia.de.

Diese Aktion finden Sie auch unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Druckerzeugnis
www.natureoffice.com/DE-017-111222
klimaneutral
durch CO2-Ausgleich

»Endloser Hass ist keine Option«

Beispiele für friedliches Engagement in der Ukraine

Das Humanitäre Freiwilligenzentrum in der Markthalle von Odessa, Demonstrantinnen in London
Fotos: dpa

Können friedliche Mittel in der Ukraine jetzt noch etwas bewirken? Die Organisationen des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) vor Ort zeigen: Ja! Sie bringen Menschen in Sicherheit, versorgen Nachbarschaften und stärken den Zusammenhalt. Zwei Beispiele.

»Irgendwie wird man in dieser Region wieder miteinander leben müssen; endloser Hass ist keine Option.« Das sagt Dana Jirouš, Projektkoordinatorin von OWEN – Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung. Als Mitglied des forumZFD arbeitet die Organisation seit sechs Jahren mit Frauen aus allen Teilen der Ukraine und aus Russland zusammen, um im Donbass einen Dialog über die Konfliktlinien hinweg zu schaffen. Während in den vergangenen Jahren Frauen aus unterschiedlichen Konfliktregionen zu großen Treffen zusammenkamen, würden derzeit eher einzelne Aktivistinnen aus der Ukraine mit Kolleginnen aus Russland kommunizieren, um sich gegenseitig zu unterstützen, erzählt Jirouš. Zudem helfe das Frauennetzwerk, vermisste Angehörige zu finden. Es tritt damit auch der weit verbreiteten Genderperspektive entgegen, »dass Frauen jetzt verschreckt in der Metro sitzen oder flüchten und die Männer kämpfen«.

In Odessa ist die Zivilgesellschaft in den Innenhöfen aktiv. Schon vor einigen Jahren organisierte die lokale Organisation Zatsikavleni gemeinsam mit dem forumZFD ein Projekt, das diese geschützten und gleichzeitig offenen Räume förderte und wiederbelebte. Nun sammelt und verteilt Zatsikavleni dort Lebensmittel und Medikamente. Die Menschen aus der Nachbarschaft kommen mit Geflüchteten zusammen, richten Keller als Schutzräume ein, tauschen sich aus und finden emotionalen Halt. Oft backen sie dabei gemeinsam Brot. Zatsikavleni leistet außerdem mit Unterstützung des forumZFD wichtige praktische und psychologische Hilfe für die Menschen vor Ort.

Simon Bödecker

Das Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) ist eine der deutschen Trägerorganisationen des Zivilen Friedensdienstes. Es wurde 1996 von mehreren Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet, darunter auch Ohne Rüstung Leben. Derzeit veröffentlicht das forumZFD Beispiele für das Engagement seiner Partnerorganisationen in der Ukraine unter www.forumzfd.de/de/die-ukrainische-zivilgesellschaft-lebt.

Weder leicht noch eindeutig

Die eindimensionale Debatte über Waffenlieferungen ist brandgefährlich

In Reaktion auf den russischen Angriffskrieg wird die Ukraine mit Waffen und Rüstung in bislang unvorstellbarem Umfang unterstützt. Zehn Wochen nach Kriegsbeginn beläuft sich die von EU und insbesondere den USA angekündigte Militärhilfe bereits auf über 20 Milliarden Euro. Angesichts der dramatischen Notlage der Menschen in der Ukraine ist ihr Ruf nach mehr Waffen nachvollziehbar. In der medial aufgeheizten Stimmung in Deutschland bleibt jedoch kaum noch Raum für Zweifel und Bedenken. Das ist brandgefährlich.

Denn ganz gleich wie man zu den Waffenlieferungen steht und was die Politik am Ende beschließt: Einfache Slogans werden weder einer demokratischen Debatte noch der Tragweite der Entscheidung gerecht. Die Auswirkungen von Waffenlieferungen in den Krieg müssen ehrlich benannt und abgewogen werden; Erfahrungen aus zurückliegenden Gewaltkonflikten sollten einfließen. Dabei geht es um essenzielle Fragen: Trägt eine Entscheidung der Bundesregierung für Waffenlieferungen wirklich dazu bei, Leid zu mindern? Sind alle nicht-militärischen Mittel bereits ausgeschöpft? Welche Konsequenzen haben die Lieferungen für die Zeit nach dem Ende des Krieges? Auch wenn medial derzeit ein anderer Eindruck erweckt wird: Diese Fragen lassen sich weder leicht noch eindeutig beantworten. Denn ist die Gewalt einmal ausgebrochen, gibt es keine Option ohne Leid!

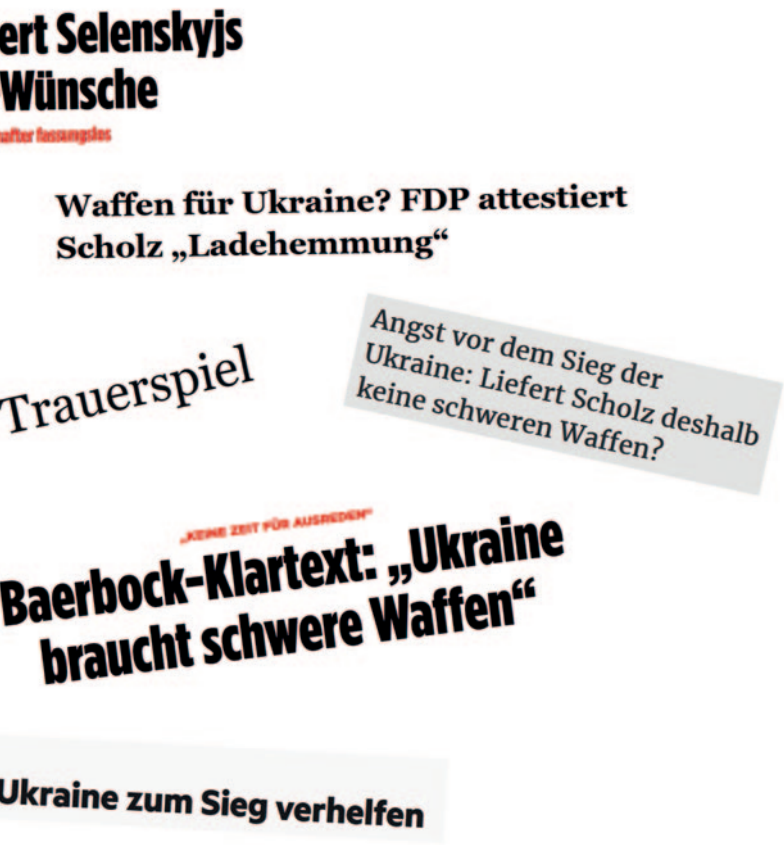
Grafik / Montage: Simon Bödecker

Lindern Waffenlieferungen das Leid?

Waffenlieferungen unterstützen das legitime Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung. Sie können dazu genutzt werden, unmittelbares Leid von Einzelnen abzuwenden und die Eigenständigkeit der Ukraine zu bewahren. Mehr Waffen beenden den Krieg jedoch nicht schneller, sondern beeinflussen in erster Linie die Kräfteverhältnisse. Das kann dazu führen, dass sich die Kämpfe verlängern, humanitäre Hilfe erschwert und mehr Leid und Tod – auf allen Seiten – verursacht wird. Aus militärischer Sicht besteht zwar die Hoffnung, so eine Pattsituation zu erzwingen, die zu Verhandlungen führt. Dies geschieht jedoch in der Regel nicht in Wochen, sondern kann Jahre dauern! Waffenlieferungen können zudem genau diejenigen in Gefahr bringen, die sie schützen sollen: Konvois, die Waffen von Westen her durch die Ukraine transportieren, sind ein Ziel der russischen Streitkräfte. Das gefährdet die Menschen in den bislang weitgehend sicheren Grenzregionen und erhöht die Gefahr einer Eskalation mit benachbarten NATO-Staaten. Darüber hinaus besteht immer das Risiko, dass an die Ukraine gelieferte Waffen in die Hände Russlands fallen.

Alle Alternativen ausgeschöpft?

Insbesondere die Lieferung sogenannter schwerer Waffen könnte – unabhängig von der völkerrechtlichen Bewertung – als Kriegseintritt der NATO verstanden werden. Niemand weiß, wann Putin diesen Kipppunkt erreicht sieht und zu einer fatalen, vielleicht sogar atomaren Reaktion ausholt. Diese berechtigte Sorge wird derzeit häufig heruntergespielt, als »Angstpolitik« diffamiert und ein militärischer Sieg über Russland gefordert (freilich ohne zu sagen, zu welchen Kosten). Die Frage nach nicht-militärischen Mitteln rückt dabei in den Hintergrund. Warum wird nicht mit demselben Enthusiasmus über Möglichkeiten globaler diplomatischer Initiativen debattiert, um einen Waffenstillstand herbeizuführen? Warum konnten sich die EU-Staaten erst



mit dem fünften Sanktionspaket einigen, eine Lücke im Waffenembargo gegen Russland zu schließen? Wie kann es sein, dass wir Kriegsverbrechen anprangern und Yachten konfiszieren, gleichzeitig jedoch immer noch täglich Millionen für Energieimporte an Putins Kriegskasse überweisen? Der einseitige, verengte Blick auf Waffenlieferungen blendet diese zentralen Fragen aus.

Was passiert nach dem Krieg?

Die Geschichte zeigt, dass Gesellschaften, die in langen Kriegen zermürbt wurden, nur schwer zu Frieden finden. In einer waffenstarrenden Nachkriegsgesellschaft, die tausende von traumatisierten und gewalterfahrenen Soldatinnen und Soldaten wieder ins Zivilleben integrieren muss, flammen gewaltsame Konflikte häufiger neu auf. Waffen können bei Gewalttaten, häuslicher Gewalt, Kriminalität oder internen Auseinandersetzungen zum Einsatz kommen. All diese Aspekte stehen derzeit verständlicherweise nicht im Mittelpunkt. Doch die Ukraine hat schon seit langem ein großes Problem mit der unkontrollierten Verbreitung von Waffen. Im Kontext der Kämpfe in der Ostukraine verschwanden zwischen 2013 und 2015 allein 300.000 Kleinwaffen aus nationalen Beständen, nur 1,3 Prozent davon konnten »wiederentdeckt« werden. Es ist zu befürchten, dass ein Teil davon in die Hände der Milizen im Donbass gelangte und mit zum Scheitern des Minsker Abkommens von 2015 beitrug. Somit besteht auch zukünftig die Gefahr, dass nach einem – hoffentlich baldigen – offiziellen Waffenstillstand die Kämpfe in der Ostukraine kein Ende finden.

Waffenlieferungen können der Ukraine helfen, sich gegen den völkerrechtswidrigen Angriff Putins zu verteidigen. Das ist unstrittig. Die Waffen können jedoch auch genau diejenigen gefährden, die sie schützen sollen. Denn der Einsatz von Waffen und militärischer Ausrüstung führt immer zu Gewalt und Leid. Diese Widersprüchlichkeit müssen wir aktuell aushalten – so unerträglich sie ist.

Eines dürfen wir jedoch auf keinen Fall akzeptieren: dass in der politischen und medialen Debatte die immensen Risiken von Waffenlieferungen totgeschwiegen und berechtigte Bedenken diffamiert werden, während Deutschland bei weitem noch nicht alle diplomatischen und zivilen Mittel ausgeschöpft hat.

Charlotte Kehne

Fass ohne Boden

Milliarden für die Bundeswehr trotz Strukturproblemen und Misswirtschaft

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht in einem Schützenpanzer Puma, dessen Entwicklung und Auslieferung fast 20 Jahre dauerte
Foto: dpa

Die deutschen Militärausgaben stiegen seit 2014 kontinuierlich auf zuletzt 46,9 Milliarden Euro im Jahr. Damit hat die Bundesrepublik bereits jetzt den größten Verteidigungsetat der EU und den siebtgrößten der Welt. Gleichzeitig ist die Ausstattung der Bundeswehr in einem miserablen Zustand. Wie kann das sein?

»Eine hochmoderne und leistungsfähige Armee« will Finanzminister Christian Lindner schaffen. Vorgesehen sind dafür 100 Milliarden Euro aus dem schuldenfinanzierten Sondervermögen, zusätzlich zum Verteidigungshaushalt, der auf über 50 Milliarden Euro steigen soll. Allein: Die Ursache der Probleme ist nicht in erster Linie fehlendes Geld. Auch Eva Högl, die Wehrbeauftragte des Bundestages, sieht das so. Ihr Bericht vom März 2022 beschreibt, wie deutsche Soldatinnen und Soldaten ohne Schutzwesten in Einsätze aufbrechen müssen. Nur knapp die Hälfte der Großgeräte sei einsatzbereit. Doch wenn es nicht am Geld liegt, woran dann?

Mit unseren Musterbriefen **»Neue Atombomber stoppen!«** und **»Aufrüstung bringt keinen Frieden!«** können Sie gegen die geplante Aufrüstung protestieren. Zum Redaktionsschluss stand noch nicht fest, wann Bundestag und Bundesrat über die Vorhaben abstimmen.

Aktuelle Informationen und die Materialien zu beiden Aktionen finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Problem 1: Das zentrale Beschaffungsamt

Geht man dieser Frage nach, so taucht immer wieder ein Name auf: Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) mit Sitz in Koblenz. Es hat die Aufgabe, neues Gerät für die Truppe auszuschreiben und zu erwerben. Ab einem Anschaffungswert von 5.000 Euro darf die Bundeswehr das nicht mehr selbst. Frank Sauer von der Universität der Bundeswehr in München findet dazu klare Worte: »Es dauert extrem lange, es wird viel teurer als geplant, und es kommt sozusagen in der Regel auch so an, dass es noch nicht so funktioniert wie gewünscht«.

Ein aktuelles Beispiel sind zwei neue Tankschiffe, die die Bundesmarine dringend benötigt. Der einzige verbleibende Bieter – die Lürssen-Werft in Bremen – verlangt dafür gut 900 Millionen Euro. Laut einem internen Bericht des BAAINBw liegt dieses Angebot rund 250 Millionen Euro über dem realistischen Wert der Schiffe; zumal bereits deutliche Abstriche bei der Ausstattung gemacht wurden, um die Kosten zu drücken. Dennoch empfahl die Leitung des BAAINBw, das Angebot von Lürssen zu akzeptieren. Laut NDR-Recherchen informierte sie dabei weder die Verteidigungsministerin noch den Haushaltsausschuss des Bundestages über die Warnungen der eigenen Fachleute. Das Ergebnis: Neue Tankschiffe, die deutlich schlechter ausgestattet sein werden als ursprünglich geplant – aber dafür sehr viel teurer!

Problem 2: Politik und Rüstungsindustrie

Ein weiteres Problem lässt sich am Transportflugzeug A400M aufzeigen. Laut dem damaligen Airbus-Vorstand Thomas Enders forderte die Politik, »kein Triebwerk von Übersee in diesen Flieger einzubauen, sondern ein Triebwerk im europäischen Konsortium zu entwickeln.« Ein solches Konsortium existierte jedoch gar nicht! Bei den neuen Kampfflugzeugen für die Bundeswehr wiederholt sich dieses Muster nun: Das Verteidigungsministerium hat beschlossen, Eurofighter mit Fähigkeiten für die elektronische Kampfführung zu beschaffen, die es so bislang nur auf dem Papier gibt. Der atomwaffenfähige Tarnkappenbomber F-35 des US-Herstellers Lockheed Martin, dessen Kauf mit großen Worten verkündet wurde, weist zudem laut einem internen Pentagon-Bericht ganze 845 Mängel auf; sechs davon könnten zu einem Absturz führen!

Oft genug geht es der Politik also nicht darum, das bestmögliche am Markt verfügbare Gerät zu beschaffen, sondern um Sonderwünsche, Strukturpolitik und Prestige. Demgegenüber steht eine Rüstungsindustrie, die technische Details oft erst nach Vertragsabschluss klärt. Beim A400M schlussfolgerte Airbus-Manager Enders 2014 selbstkritisch: »Wir haben Bedingungen akzeptiert, die wir im Nachhinein nicht hätten akzeptieren sollen«. Die Folge: jahrelange Verzögerungen, Mehrkosten in Milliardenhöhe und Mängel, die noch 2021 während der Evakuierungsflüge aus Kabul für Schlagzeilen sorgten.

Problem 3: Reformen, Reformen, Reformen

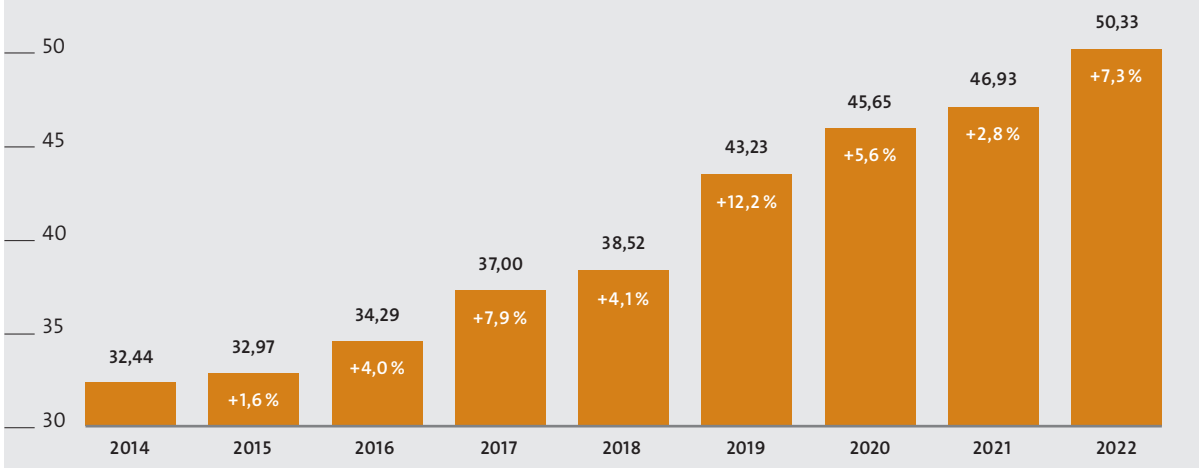
Doch auch die Bundeswehr selbst hat strukturelle Probleme. Der Bundesrechnungshof bescheinigt ihr in seinem aktuellen Bericht schlechtes Projektmanagement, zu wenig Schutz vor Korruption und nachlässig ausgegebene Steuergelder. Spätestens seit den 2000er-Jahren folgt Reform auf Reform – millionenschwere Beraterskandale eingeschlossen. Dennoch bleibt unklar, was genau die Armee eigentlich leisten soll: Auslandseinsätze, maximale Flexibilität, Katastrophenhilfe oder doch Landesverteidigung? Die Ampel hatte dieses Problem eigentlich erkannt. Im Koalitionsvertrag kündigte sie an, zuerst das »Fähigkeitsprofil« der Armee bestimmen zu wollen, um daraus dann die nötige Ausstattung abzuleiten.

Für den Außenpolitik-Experten Jan van Aken wäre dieses Vorgehen weiterhin angesagt: Eine Bundeswehr, die künftig wieder der Landesverteidigung dienen soll, könne beispielsweise auf jene Waffen und Systeme verzichten, die nur für Auslandseinsätze nötig sind. Das würde nicht nur viel Geld sparen, »gleichzeitig wäre der Weg in ein neues Wettrüsten gestoppt«. Nun allerdings sieht es eher so aus, als wolle die Bundesregierung um jeden Preis weitere Milliarden in ein Fass ohne Boden pumpen. Den Soldatinnen und Soldaten ist damit ebenso wenig gedient wie dem Frieden.

Simon Bödecker

Entwicklung des deutschen Verteidigungshaushalts

in Milliarden Euro



Quelle: Bundesministerium der Verteidigung

Aufwind für die Rüstungsindustrie?

Der Verkauf von Waffen ist nicht nachhaltig

»Wir wollen nicht, dass die Rüstungsindustrie reicher wird …«, betonte Finanzminister Christian Lindner bei der Vorstellung des Haushalts am 22. März 2022 im Bundestag. Doch schon bevor der erste Cent geflossen ist, beschert das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro der Rüstungsindustrie neuen Aufwind. Sie weiß die ausgerufene »Zeitenwende« gleich in zweierlei Hinsicht für sich zu nutzen: Um Profit zu machen, vor allem aber um ihr Image aufzupolieren.

Der Krieg gegen die Ukraine und die Ankündigung des Aufrüstungsprogrammes haben den Wert der deutschen Rüstungsunternehmen in die Höhe schnellen lassen. So stieg beispielsweise der Aktienkurs von Rheinmetall in den ersten zehn Wochen seit Kriegsbeginn um 111 Prozent. Gleichzeitig nutzt die Branche geschickt die Angst und Sorge vor Putins Krieg, um ihr Ansehen zu verbessern. »Wir sind dankbar dafür, dass es diesen Imagewandel gibt«, sagt Rheinmetall-Chef Armin Papperger. Die Rüstungsindustrie betont ihre Bedeutung für die »Sicherheit« und will damit auch erreichen, was ihr in den letzten Jahren nicht zu gelingen schien: Das Geschäft mit Waffen und Rüstungsgütern als besonders »nachhaltig« darzustellen.

Banken und Versicherungen richten ihre Investitionen zunehmend an Aspekten der Nachhaltigkeit, also ökologischen und sozialen Kriterien sowie Standards verantwortungsvoller Unternehmensführung (ESG-Kriterien), aus. Daher fürchtete die Rüstungsbranche zuletzt den Verlust von Krediten und Investitionen; insbesondere mit Blick auf die angedachte Soziale Taxonomie der EU. Nun fordert Hans Christoph Atzpodien, der Cheflobbyist der deutschen Rüstungsindustrie, seiner Branche sogar einen positiven Beitrag zur sozialen Nachhaltigkeit zu bescheinigen.

Doch Kriege und Konflikte waren, sind und bleiben das Geschäftsmodell der Rüstungsindustrie! Im Jemen, wo der von Saudi-Arabien geführten Allianz Kriegsverbrechen vorgeworfen werden, fallen Bomben von Rheinmetall. Und auch nach der Annexion der Krim im März 2014 sah Deutschlands größter Rüstungskonzern kein Problem darin, ein ganzes Gefechtsübungszentrum an Russland liefern zu wollen. Um diesen Auftrag zu ergattern, sollen Rheinmetall-Manager Medienberichten zufolge sogar Bestechungsgelder in Höhe von 5,38 Millionen Euro gezahlt haben.

Kritik an Rheinmetall-Chef Papperger vor der Konzernzentrale in Düsseldorf
Foto: Simon Bödecker

So darf eines auch in der aktuellen Situation nicht in Vergessenheit geraten: Die Industrie, die nun schnelle Hilfe für die Ukraine und neue Ausstattung für die Bundeswehr anbietet, ist weiterhin dieselbe, die immer wieder durch Korruption auffällt, massiv zur Klimakrise beiträgt und mit ihren tödlichen Produkten weltweit Konflikte nährt. Nachhaltig ist daran gar nichts.

Charlotte Kehne

Unseren Bericht von der Rheinmetall-Hauptversammlung 2022 finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Aktionstage und Konferenzen

Eine Auswahl friedenspolitischer Termine und Aktionen im Frühsommer 2022

In den kommenden Wochen stehen bedeutende friedenspolitische Termine an: Gesetzentwürfe, lang erwartete Konferenzen zur internationalen Rüstungskontrolle und wichtige Veranstaltungen. Ohne Rüstung Leben ist an vielen davon beteiligt.

Der **Deutsche Katholikentag** findet vom 25. bis 29. Mai 2022 in Stuttgart statt. Ohne Rüstung Leben gestaltet in diesem Zeitraum mehrere Veranstaltungen mit – sowohl im offiziellen Programm als auch begleitend. Darunter sind ein Podium zur christlichen Friedensethik sowie Diskussionsveranstaltungen über Kleinwaffenexporte und die Aufrüstungspläne der Bundesregierung.

Noch bis zum 10. Juni 2022 können Sie Ihre ausgefüllten **Unterschriftenlisten zum Appell »Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein«** an uns zurückschicken. Vor der Ökumenischen Vollversammlung im September wollen wir in den Dialog mit den einladenden Kirchen treten. Gleichzeitig starten weitere Aktionen: So lädt etwa Pax Christi zu einem Pilgerweg von Paderborn nach Karlsruhe ein.

Vom 21. bis 23. Juni 2022 treffen sich die **Vertragsstaaten des UN-Atomwaffenverbotes** in Wien zu ihrer ersten Konferenz. Deutschland wird als Beobachterstaat teilnehmen; mehrere ICAN-Partnerorganisationen schicken zudem Delegationen! Vom 1. bis 26. August findet dann die mehrmals verschobene **Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages** in New York statt. Wir werden ausführlich berichten.

Das Banner zu unserem Friedensappell – hier vor der Johanneskirche in Stuttgart-Zuffenhausen – können Sie weiterhin bei uns bestellen
Foto: Susanne Bödecker

Der **Kirchliche Aktionstag gegen Atomwaffen** beginnt am 25. Juni 2022 um 11:00 Uhr vor dem Fliegerhorst in Büchel. Die Predigt beim ökumenischen Gottesdienst wird Prof. Dr. Fernando Enns halten.

In den Sommermonaten sind viele weitere **Aktionen gegen Atomwaffen** und den Kauf neuer Atombomber geplant, etwa am 8. Juli, dem Flaggentag der Mayors for Peace.

Unterdessen beginnt der Gesetzgebungsprozess für das geplante deutsche **Rüstungsexportkontrollgesetz.** Die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« hat bereits eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben und an einem Fachgespräch mit dem Wirtschaftsministerium teilgenommen. Sobald ein Entwurf für das Gesetz vorliegt, werden wir diesen kritisch bewerten.

Simon Bödecker

Details zu diesen Terminen und unserer Arbeit finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de.

informationen
180 | 2022-2

Liebe Leserin, lieber Leser,

der brutale Überfall auf die Ukraine mit seinen verheerenden Folgen für Zivilbevölkerung und Infrastruktur bis hin zur gezielten Zerstörung von Schulen und Krankenhäusern traumatisiert ein ganzes Volk und erschüttert die Welt. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gelten der ukrainischen Bevölkerung und den Geflüchteten unter uns. Mit großer Sorge verfolge ich die eskalierende Aufrüstung durch Worte und Waffen. Die Bundesregierung spricht von einer »Zeitenwende«. Zeitenwende? Das klingt in meinen Ohren, als sei die Welt vorher eine andere gewesen. Dabei sind mit dem Krieg im Osten Europas die vielen militärischen Konflikte, zum Beispiel im Jemen oder Sudan, nur näher an unsere gut geheizten Stuben gerückt, wie neulich ein Kollege formulierte.

Ich lasse mich nicht davon abbringen, dass nur das Ziel einer Welt ohne Waffen echte Zukunft birgt. Wie sähe es auf dieser Erde aus, wenn nur ein Bruchteil der Rüstungsausgaben für nachhaltige zivile Konfliktlösungen zur Verfügung stünde? »Feuer löscht das Feuer nicht, Böses erstickt das Böse nicht!«, schrieb Leo Tolstoi schon 1910.

Ich danke Ihnen von Herzen, dass Sie mit Ihrer Unterstützung dazu beitragen, dass Ohne Rüstung Leben als kraftvolle zivilgesellschaftliche Stimme gegen Militarisierung und für Abrüstung wahrgenommen wird.

Foto: Joachim E. Röttgers

Ihr

Wolfgang Herrmann

Impressum

Herausgeber
Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher Redakteur
Simon Bödecker

Auflage
15.000

Informationen zum Datenschutz
www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz

Redaktionsschluss
4. Mai 2022

Druckausgabe klimaneutral durch CO2-Ausgleich

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014, PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

Inhalt

1 | Titel
Stoppt die Eskalation!

3 | Aktion
Eine Zukunft für kommende Generationen

4 | Aktion
Sicherheitsstrategie zur Friedensstrategie machen!

5 | Aktuell
»Endloser Hass ist keine Option«
Beispiele für friedliches Engagement in der Ukraine

6 | Hintergrund
Weder leicht noch eindeutig

8 | Hintergrund
Milliarden für die Bundeswehr trotz Strukturproblemen und Misswirtschaft

10 | Aktuell
Aufwind für die Rüstungsindustrie?

11 | Aktion
Eine Auswahl friedenspolitischer Termine und Aktionen im Frühsommer 2022

Spenden
Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEF1EK1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden